

Frankreich: Ein Hort des Widerstands gegen TTIP? **Die öffentliche Meinung im Wandel**

Elvire Fabry

Zusammenfassung Die französische öffentliche Meinung sieht Handelsliberalisierungen traditionell skeptisch; so hätte man meinen können, dass Stimmen gegen TTIP vor allem aus Frankreich kommen würden. Doch während sich die Zustimmungsrates zum Handelsabkommen in Frankreich im November 2014 um die 50 %-Marke bewegte, meldete sich Widerstand vor allem aus Deutschland. Dennoch scheint es möglich, dass diese Anti-TTIP-Dynamik nun auch Frankreich erfassen könnte. Noch bis zum Sommer letzten Jahres dominierten kleinere Parteien und die Zivilgesellschaft die Debatte. Verteidigt wurde TTIP höchstens diskret; gleichzeitig wurden die Unentschiedenen, die auch die Mehrheit stellten, mit der Zeit immer skeptischer. Nun hat sich der Verhandlungspunkt der Schiedsgerichte zum Katalysator des Widerstands entwickelt und eint eine parteiübergreifende Opposition. Je näher ein Abschluss der Verhandlungen rückt, umso fraglicher wird es, ob die bisherige große Zurückhaltung der Regierung zum Thema den Widerstand gegen das Abkommen auffangen können. Nimmt man das traditionelle Misstrauen in Frankreich gegenüber Globalisierung und den USA hinzu, könnte TTIP zum heiklen Thema im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 werden.

Diese Publikation entstand in Kooperation mit Notre Europe / Institut Jacques Delors.
Sie steht auch in englischer und französischer Sprache zur Verfügung.

Inhalt

Frankreich: Ein Hort des Widerstands gegen TTIP?

Die öffentliche Meinung im Wandel

Elvire Fabry

- 3 1. Kleine Parteien und die Zivilgesellschaft prägen die Debatte**
 - Die Haltung der Franzosen in Zahlen
 - Aktiver Widerstand gegen TTIP
 - Unauffällige Unterstützung für TTIP
 - Unentschiedenheit und wachsende Skepsis im Regierungslager
- 7 2. Die Zurückhaltung der französischen Regierung**
- 7 3. Schiedsgerichte: ein Katalysator des Widerstands**
 - Befürchtungen auf unterschiedlichen Ebenen
 - Deutsch-französisches Zaudern
- 9 4. Die Debatte um TTIP im Spiegel französischer Ängste**
 - Anhaltende Globalisierungsskepsis
 - Traditionelles Misstrauen gegenüber den USA
- 11 Schlussbetrachtungen**
- 12 Anmerkungen

Frankreich: Ein Hort des Widerstands gegen TTIP?

Die öffentliche Meinung im Wandel

Elvire Fabry

Knapp zwei Jahre nach Beginn der Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)¹ im Juli 2013 überrascht der Verlauf der öffentlichen Debatte in Frankreich. Viele hatten Widerstand gegen TTIP in erster Linie aus Frankreich erwartet, wo die Öffentlichkeit auf Handelsliberalisierungen traditionell zurückhaltend reagiert. Im November 2014 jedoch, als sich 58 Prozent der Europäer und 25 von 28 EU-Mitgliedstaaten für TTIP aussprachen, begrüßten auch 50 Prozent der Franzosen das Abkommen. Der Widerstand kam vor allem aus Deutschland, Österreich und Luxemburg schlossen sich den deutschen Zweifeln an.²

Die Debatte um TTIP variiert in ihrer Intensität von Land zu Land und hat sich jeweils an unterschiedlichen Befürchtungen entzündet. Während in Deutschland Themen wie eine Schwächung der Bundesländer und eine Privatisierung der Wasserversorgung im Zentrum der Debatte stehen, geht es in Großbritannien in erster Linie um den Schutz des öffentlichen Gesundheitssystems. In Frankreich und Österreich dominierten im ersten Jahr der Verhandlungen Themen wie gesundheits- und pflanzenrechtliche Normen sowie Umweltfragen die Diskussion um TTIP. Im Frühjahr 2014 aber wirkte sich die Aufnahme eines Mechanismus zur Streitbeilegung zwischen Staaten und Investoren (das sogenannte *Investor-state dispute settlement* oder auch ISDS) in das Verhandlungsmandat wie ein Katalysator auf die Debatte aus und befeuerte sie vor allem auf europäischer Ebene. Deutschland mit seiner misstrauischen Haltung blieb dabei der wichtigste Schauplatz der Auseinandersetzung, doch eine mögliche Übertragung der Widerstandsdynamik auf Frankreich findet heute ebenfalls wachsende Beachtung.

Die öffentliche Debatte um TTIP kam in Frankreich erst während des Europa-Wahlkampfes im Mai 2014 richtig in Gang. Vor allem die kleinen Parteien (die grünen *Ecologistes* sowie die jeweiligen Radikalen der Linken und Rechten, der *Front de Gauche* und der *Front National*) brachten im Wahlkampf ihre Ablehnung gegenüber den Verhandlungen zum Ausdruck und lenkten die

Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Thema. Die beiden großen Parteifamilien hingegen hatten sich auf eine zurückhaltende Position zurückgezogen, die auch als eine Ausweichstrategie bezeichnet werden könnte. Bis in den Herbst 2014 hinein bezogen sie keine klare Stellung zu den Verhandlungen. In Folge der Einbindung des ISDS-Mechanismus in das Abkommen hat sich jedoch inzwischen eine parteiübergreifende Opposition gebildet, die dazu beiträgt, in der Bevölkerung die Zweifel am Nutzen des Abkommens zu nähren.

1. Kleine Parteien und die Zivilgesellschaft prägen die Debatte

Die Haltung der Franzosen in Zahlen

Nur wenige Daten geben Aufschluss über die Meinung der Franzosen zu TTIP. Die einzige Meinungsumfrage jenseits des europäischen Umfrageinstruments Eurobarometer wurde einige Tage vor der Europawahl im Mai 2014³ durchgeführt, und damit zu einem Zeitpunkt, als der Streit um die Verhandlungen gerade erst die öffentliche Diskussion erreicht hatte. Es kann daher kaum verwundern, dass im Rahmen dieser Umfrage nur 44 Prozent der Franzosen angaben, bereits zuvor von TTIP gehört zu haben, und dass in dieser Gruppe vor allem Vertreter der Linksradiikalen und Umweltschützer vertreten waren, die aktiven Widerstand gegen TTIP organisiert hatten. Erstaunlich ist hingegen, dass die Franzosen in großer Mehrheit den Verhandlungen zustimmten, obwohl sie zugleich der Ansicht waren, dass diese den USA mehr Vorteile verschaffen würden als Europa: 71 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Harmonisierung der europäischen und amerikanischen Normen und 68 Prozent für eine Abschaffung der Zölle zwischen der EU und den USA aus.⁴

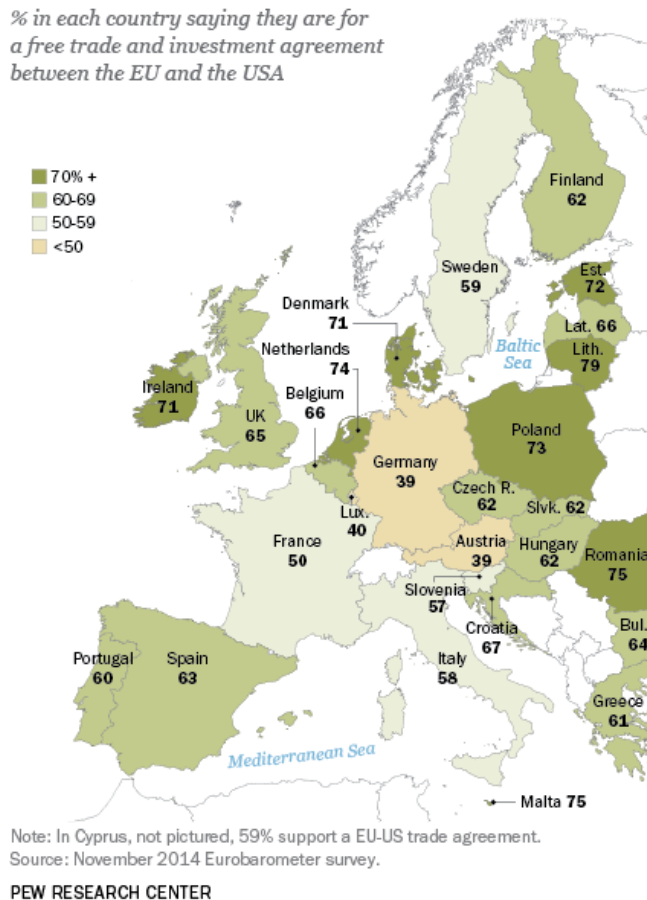
Dennoch erwarteten zum gleichen Zeitpunkt fast zwei Drittel der Franzosen (63 Prozent), dass sich das Abkommen vor allem zum Vorteil der USA auswirken würde, und 45 Prozent glaubten, dass es eher eine Bedrohung für

die EU beziehungsweise für Frankreich (50 Prozent) darstellt. Nur die Anhänger der konservativen UMP⁵ (die sich inzwischen in Les Républicains umbenannt hat) sahen in dem Abkommen eher eine Chance (42 Prozent) als eine Bedrohung (37 Prozent) für die EU. Die größte Skepsis herrschte unter den Anhängern des Front de Gauche (FdG) und des Front National (FN), die das Projekt mit großer Mehrheit als eine Bedrohung für Europa und vor allem für Frankreich betrachteten.

Abbildung 1: Befürwortung in der EU für ein Freihandelsabkommen mit den USA

EU Support for a Free Trade Agreement with the U.S.

% in each country saying they are for a free trade and investment agreement between the EU and the USA



Quelle: Bruce Stokes, Is Europe on Board for a New Trade Deal with the US?, Pew Research Center, Washington, D.C., 29.1.2015, <<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/01/29/is-europe-on-board-for-a-new-trade-deal-with-the-u-s/>> (abgerufen am 16.6.2015).

Außerdem lehnte eine Mehrheit der Franzosen (71 Prozent) das Vorhaben ab, dass ein Streit zwischen einem Staat und einem Investor vor einem internationalen Schiedsgericht statt einem französischen Gericht geregelt werden sollte. Dabei waren sich die Gegner über gesellschaftliche und parteipolitische Grenzen hinweg in ihrer

Ablehnung einig. Und schließlich wurde die Vertraulichkeit der Verhandlungen von 70 Prozent der Franzosen als „nicht normal“ verurteilt. Nur 29 Prozent hielten diese Vorgehensweise angesichts der „strategischen Bedeutung für die USA und die EU“ für „normal“. Sechs Monate später, im November 2014, bildete eine Eurobarometer-Umfrage⁶ die Spaltung der französischen Öffentlichkeit beim Thema TTIP ab: Nur 50 Prozent der Befragten unterstützten die Initiative. Wenn also in Frankreich auch nicht von einer Erosion der Unterstützung für TTIP gesprochen werden kann, die mit der Entwicklung in Deutschland,⁷ Österreich und Luxemburg vergleichbar wäre, so zeigt sich die französische Öffentlichkeit doch zumindest zwiegespalten.

Während in einigen EU-Mitgliedstaaten, darunter etwa Finnland und Spanien, die großen Parteien TTIP unterstützen, hat in Frankreich die Zurückhaltung der beiden großen Parteien – der UMP und des sozialdemokratischen Parti Socialiste – im ersten Jahr der Verhandlungen Raum für eine Debatte gelassen, die von der Zivilgesellschaft und kleinen Parteien dominiert wurde.

Aktiver Widerstand gegen TTIP

Widerstand gegen TTIP kommt in erster Linie von kleinen Parteien wie Europe Ecology Les Verts, dem Front de Gauche, dem Parti Communiste oder dem Front National, die sich im Rahmen des Europawahlkampfes im Mai 2014 alle gegen die Verhandlungen engagiert haben. Für den Europa-Abgeordneten Yannick Jadot, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel und Sprecher der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz zum Thema TTIP, müssen „alle Versuche einer Schwächung der nationalen und europäischen Regelungen in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Arbeits-, Verbraucher- und Datenschutz“ zurückgewiesen und bekämpft werden. Jean-Luc Mélenchon (FdG) erinnert daran, dass er schon seit dem Jahr 2008 vor Handelsverhandlungen mit den USA gewarnt habe, und die FN-Vorsitzende Marine Le Pen prangert ein „ultraliberales Massaker“ und die „Anpassung von Normen nach unten, den Vorschlag einer Privatjustiz für multinationale Unternehmen und weitere gefährliche Maßnahmen“ an.

Auch dem liberalen Flügel des Zentrums (repräsentiert durch die Parteien UDI und Modem) ist es nicht gelungen, innerhalb der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) seine Linie einer Unterstützung für TTIP durchzusetzen. Vielmehr hat sich im Wahlkampf die Skepsis innerhalb der Parteienallianz gegenüber TTIP offenbart, als sich beispielsweise Marielle de Sarnez, Spitzenkandidatin der Liste

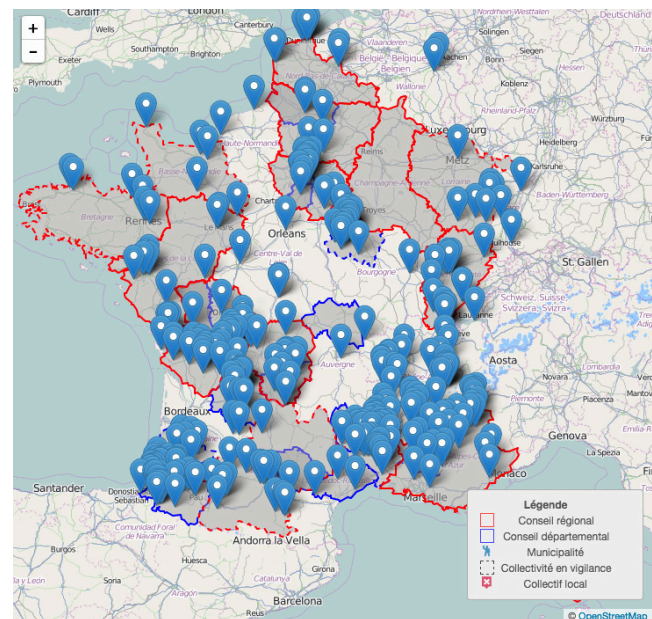
UDI-Modem, über eine „Zwei-Klassen-Partnerschaft“ beklagte, „die europäische Qualitätsstandards und Normen in Frage stellt“. Die UDI verließ ihrer Ablehnung gegenüber TTIP besonders klar Ausdruck und veröffentlichte zur Begründung eine Position,⁸ für die auch ihr Vize-Präsident Jean Arthuis in der Öffentlichkeit einstand.⁹ Während die Partei Modem der Debatte um TTIP seit dem Sommer 2014 weniger Aufmerksamkeit schenkt, bekräftigt Arthuis seither weiterhin regelmäßig die Ablehnung der UDI gegenüber TTIP.

In den nordeuropäischen Ländern, die stärker vom internationalen Handel abhängig sind und eine andere Gewerkschaftstradition kennen, zeigen sich die Gewerkschaften gegenüber TTIP eher aufgeschlossen. In Frankreich hingegen rufen zahlreiche Gewerkschaften zu einem Abbruch der Verhandlungen auf. Zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die TTIP ablehnen, zählen neben den Gewerkschaften auch Attac France, Les Amis de la Terre, France Nature Environnement, Anti-Schiefergas-Aktionsgruppen und zahlreiche Bürgerbewegungen. Im Zentrum ihres Anliegens stehen Befürchtungen vor einer Aufweichung der europäischen gesundheits- und pflanzenrechtlichen Normen sowie der Standards im Umweltbereich, Sorge vor der Liberalisierung der öffentlichen Versorgung und Forderungen nach einem Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft sowie der Herkunftsbezeichnungen (vor allem für Wein und Käse).

Der Widerstand in Frankreich hat durch die Internet-Petition „Stop TTIP“ an Struktur gewonnen. Sie wurde im Sommer 2014 in 24 Mitgliedstaaten gestartet. Von den 1,65 Millionen Unterzeichnern am 8. April 2015 waren mehr als die Hälfte (975 680) Deutsche, gegenüber 224 233 Briten und 102 310 Franzosen.¹⁰ Damit hatten in Deutschland fünfmal so viele Menschen als in Großbritannien, zehnmal so viele als in Frankreich und sogar fünfzigmal so viele als in Italien die Petition unterschrieben. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland hatten offenbar eine aktivere Rolle in der Mobilisierung des Widerstands gespielt. Tatsächlich finden sich unter den unterzeichnenden Organisationen 14 französische, 25 britische und 114 deutsche.¹¹

Die Debatte in Frankreich wird vor allem unter Vertretern der Zivilgesellschaft, die in der Gruppe „Stop Tafta“ organisiert sind, engagiert geführt. Auf Initiative der Gruppe sprachen sich am 9. Juli 2014 100 Persönlichkeiten aus Politik, Kunst, Wissenschaft und Medien „gegen den Freihandelsvertrag“ aus.¹² Auch zahlreiche Départements, Kommunen und Regionen verließen ihrer Ablehnung Ausdruck, indem sie sich zu „Zones hors TAFTA“ (Zonen außerhalb von TAFTA) erklärten.¹³

Abb. 2: Gebietskörperschaften, die sich zu „Zones hors TAFTA“ erklärt haben



Quelle: Gruppe „Stop TAFTA“, 9.4.2015, <<https://www.collectifstoptafta.org/collectivites>> (abgerufen am 16.6.2015).

Am 18. April 2015 fanden im Rahmen eines internationalen Tages gegen Freihandelsabkommen in ganz Frankreich Demonstrationen und Veranstaltungen mit dem Ziel einer Blockade der TTIP-Verhandlungen statt.¹⁴ Von den weltweit 700 geplanten Aktionen waren allerdings erneut über 200 in Deutschland angemeldet, darunter ein Demonstrationszug in München mit ungefähr 23 000 Teilnehmern. Die Bewegung „Stop TAFTA“ berichtete aus Frankreich von 70 Aktionen.

Unauffällige Unterstützung für TTIP

Die Umfrage „Transatlantic Trends“ im Auftrag des German Marshall Fund ergab im Juni 2014, dass die UMP einer Annäherung an die USA deutlich positiver gegenübersteht als der Parti Socialiste (42 gegenüber 29 Prozent).¹⁵ Die UMP macht ihre Zustimmung zu TTIP allerdings kaum publik – um ihren rechten souveränistischen Flügel nicht zu verärgern – und knüpft sie an Bedingungen. Zwar bezog die UMP in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl im Mai 2014 zu TTIP keine klare Position, doch sie erklärte, „dass die Zeiten einer naiven Öffnung unserer Märkte längst vorüber sind [...] und wir im Rahmen von Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten gemeinsam einen realistischen Ansatz vertreten müssen“. Dieser solle unter anderem auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit im Bereich öffentlicher Ausschreibungen, der Transparenz in den Verhandlungen sowie der

Anwendung ethischer, gesundheitsrechtlicher, sozialer und umweltrechtlicher Normen bei Importen beruhen.

Der Arbeitgeberverband MEDEF (Mouvement des entreprises de France) zeigt seine Zustimmung zu TTIP offener. Er beurteilt die Verhandlungen als vielversprechend und unterstützt ein ehrgeiziges und zugleich ausgewogenes Abkommen, das auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beruht und die Aufstellung gerechter Spielregeln für europäische Unternehmen und ihre amerikanischen Wettbewerber gleichermaßen erlaubt. MEDEF befürwortet auch die Einführung eines ISDS-Mechanismus. Der Arbeitgeberverband kleiner und mittlerer Unternehmen CGPME (Confédération générale du patronat des petites et moyennes entreprises) spricht sich ebenfalls klar für TTIP aus und begrüßt vor allem das Kapitel über kleine und mittlere Unternehmen (KMU), das der Verband als „wesentlich für eine Steigerung der positiven Effekte des Abkommens für die KMU“ und als „Hilfe beim Ausbau des Handels mit den Vereinigten Staaten“ betrachtet. Im Jahr 2012 waren 88 Prozent der europäischen Unternehmen, die in die USA exportierten, kleine und mittlere Unternehmen; sie wickelten 28 Prozent der Exporte in die Vereinigten Staaten ab. Trotz derartiger Aussagen zeigen die französischen Unternehmensvertreter im Allgemeinen in der öffentlichen Debatte um TTIP kaum Präsenz. Sie beteiligen sich an der Diskussion nur punktuell und selten im Sinne einer gemeinsamen Unterstützung des Projekts, wie dies insbesondere die Vertreter der großen deutschen Autobauer getan haben.

Die Verfechter von TTIP machen vor allem die „Kosten des Nicht-TTIP“ geltend. Die ehemalige Ministerin für Außenhandel, Nicole Bricq, erinnerte an die Notwendigkeit, „sich stärker an eine dynamische Wirtschaft wie die der USA zu binden, statt keinerlei Bindung einzugehen“. Doch das geopolitische Argument einer notwendigen Vorbereitung auf die wachsende wirtschaftliche Konkurrenz durch die Schwellenländer, deren Produktionsniveau 2012 das der alten Industrienächte überholt hat, wurde lediglich zu Beginn der Verhandlungen vorgebracht. Die Verfechter des Abkommens haben daraus bislang kein Narrativ entwickelt, das in der öffentlichen Debatte wahrnehmbar wäre. Die Schwierigkeiten, die Auswirkungen von TTIP auf den Arbeitsmarkt abzuschätzen, und Zweifel an der Genauigkeit der vorliegenden Studien unterschiedlicher Forschungsinstitute haben bislang den Blick auf wachsende Skalenerträge verstellt, die eine Harmonisierung der Regulierung für Unternehmen und vor allem für KMU mit sich bringen könnte.

Unentschiedenheit und wachsende Skepsis im Regierungslager

„Sehr zurückhaltend gegenüber der Zweckmäßigkeit dieses Abkommens“, zögerlich und gespalten zeigte sich die sozialistische Regierungspartei im Juni 2013 angesichts des transatlantischen Projekts. Die Furcht vor einer Schwächung der Regierung, vor allem mit Blick auf einen angekündigten Aufstieg des Front National bei den Wahlen, trug zudem nicht zur Konsensbildung in den Reihen der französischen Sozialisten bei.

Im Europawahlkampf im Mai 2014 räumte der Parti Socialiste ein, dass das Abkommen Vorteile mit sich bringen könnte, formulierte aber harte Bedingungen für seine Ratifizierung: keine Aufweichung der europäischen Normen (Aufrechterhaltung des Vorsorgeprinzips vor allem im Bereich der gesundheits- und pflanzenschutzrechtlichen Normen); Ausklammern des Themas Datenschutz aus den Verhandlungen (Aufrechterhaltung der europäischen Gesetzgebung); strenge Regulierung der Finanzmärkte; kein Umgehen demokratischer Gesetzgebungsprozesse (national und europäisch); Umsetzung der grundlegenden Normen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) in den USA auf Bundesebene und in den einzelnen Bundesstaaten; Transparenz der Verhandlungen. Die Partei kritisierte zwar die Äußerungen einiger TTIP-Gegner als Propaganda, sprach sich jedoch zugleich selbst gegen einen Mechanismus zur Investor-Staat-Streitbeilegung aus.¹⁶

Die Gewerkschaft CFDT (Confédération française des travailleurs) hält sich bislang mit ihrer Position zurück. Sie lehnt die Idee eines Abkommens nicht prinzipiell ab, bleibt aber vorsichtig. Im Mai 2014 befand der damalige Gewerkschaftssekretär und Verantwortliche für internationale Zusammenarbeit, Marcel Grignard, dass „der Vertragsabschluss die Gelegenheit zur Bestätigung grundlegender Bürger- und Arbeitnehmerrechte und zur Stärkung des Umweltschutzes bieten könne“.¹⁷ Doch lehnt die CFDT die Aufnahme eines ISDS-Mechanismus in der gegenwärtigen wenig ausgereiften Form ab und würde alternative Regelungen vorziehen. Der nationale Verband der Agrargewerkschaften FNSEA (Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles) nimmt eine ähnlich vorsichtige Haltung ein und warnt vor einer Infragestellung des französischen Nahrungsmittelmodells.¹⁸

2. Die Zurückhaltung der französischen Regierung

Die französische Regierung hat sich seit ihrer Zustimmung zum EU-Verhandlungsmandat sehr zurückhaltend gezeigt und scheint das Thema TTIP eher zu meiden. Zuvor hatte sie bewirkt, dass audiovisuelle Medien zur Wahrung der „kulturellen Ausnahme“ (exception culturelle) Frankreichs von dem Abkommen ausgenommen bleiben. Während Staats- und Regierungschefs wie Angela Merkel, David Cameron oder auch Mariano Rajoy regelmäßig ihre Unterstützung für die Verhandlungen bekräftigen, hat sich der französische Präsident François Hollande nur einmal offiziell zu TTIP geäußert. Während eines Treffens mit US-Präsident Barack Obama in Washington im Januar 2014 sagte er: „Es ist für uns alle von Vorteil, wenn wir schnell vorankommen. Wenn nicht, werden sich die Befürchtungen, Drohungen und Spannungen häufen.“ Derartige Äußerungen zeugen einmal mehr von der defensiven Haltung der Regierung zum Thema TTIP.

Wirtschaftsminister Emmanuel Macron äußerte sich erst am 12. März 2015 im Rahmen einer Debatte mit Florian Philippot, Vize-Präsident des Front National, zu TTIP, während sein deutscher Amtskollege Sigmar Gabriel regelmäßig zu dem Thema Stellung nimmt. Ähnlich vorsichtig zeigt sich auch Außenminister Laurent Fabius, der zwar den Zuschlag des Themenfelds Außenhandel an das Außenministerium im Rahmen der Kabinettsumbildung vom August 2014 begrüßte, doch bezüglich TTIP „zunächst keine Pro- oder Contra-Position bezieht“.¹⁹

Vielmehr betont die Regierung grundlegende Prinzipien: die Notwendigkeit von „Transparenz“, die „Respektierung gesamtgesellschaftlicher Anliegen“, die „Sicherung des Rechts auf staatliche Regulierung“, ein „hohes Schutzniveau in den Bereichen Gesundheit und Umwelt“ sowie die Sicherung der Interessen des europäischen Agrarsektors. Der Staatssekretär für den Außenhandel und Abgeordnete der Sozialisten, Matthias Fekl, forderte außerdem eine vollständige Gegenseitigkeit bei der Öffnung des Marktes für öffentliche Aufträge. Deutschland hingegen befürchtet offensichtlich eher, dass deutsche Firmen, die in den USA gut aufgestellt sind, durch eine solche Auflage gegenüber den USA mehr zu verlieren als zu gewinnen haben.

Letztendlich zeigte sich die französische Regierung vor allem im Bereich der Transparenz besonders engagiert und forderte unter anderem von Beginn an eine Offenlegung des Verhandlungsmandats. Nicole Bricq startete im März 2013 den Prozess einer öffentlichen Befragung derjenigen Akteure, die von dem Abkommen

betroffen sein würden, und gründete im Oktober 2013 einen Ausschuss zur strategischen Begleitung der Verhandlungen. Dieser wurde später von Matthias Fekl neu aufgestellt und mit Vertretern aus dem Parlament und der Zivilgesellschaft besetzt. Dennoch zogen sich die Nichtregierungsorganisationen Attac France, Confédération Paysanne, Les Amis de la Terre und Solidaires im März 2015 mit dem Vorwurf aus dem Gremium zurück, dass dieses nicht mehr als eine Parodie von Demokratie darstelle.

Die Sorge wächst, dass die französische Regierung mit der Durchsetzung einer Ausnahme im Bereich audiovisueller Medien bereits ihren einzigen Joker eingesetzt haben könnte, während zentrale Themen wie der Schutz der öffentlichen Versorgung oder des französischen Agrarsektors – vor allem in Hinblick auf die Steigerung amerikanischer Importquoten – noch zur Verhandlung stehen.

Der vorsichtigen Haltung der französischen Regierung steht inzwischen eine TTIP-Opposition gegenüber, die ihren Widerstand auf zwei Aspekte konzentriert: Je klarer die Europäische Kommission rote Linien zu einzelnen Verhandlungsfragen aufzeigt,²⁰ desto mehr rücken technische Details ins Zentrum der Diskussion, darunter beispielsweise Positiv- und Negativlisten öffentlicher Dienstleistungen, die von einer Liberalisierung betroffen sein könnten, oder die Frage eines rückwirkenden Greifens des ISDS-Mechanismus auf Investitionen, die vor Abschluss des Abkommens getätigt wurden. Bei der Opposition besteht daher die Sorge, dass einzelne Details der öffentlichen Aufmerksamkeit entgehen könnten. Zum anderen stützt sich die Opposition auf diffuse Befürchtungen, dass TTIP die Gesetzgebungsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnte, und damit der Staat und mit ihm die Demokratie durch die multinationalen Unternehmen und die USA gefährdet seien. Vor allem der ISDS-Mechanismus, der sowohl sehr technisch ist als auch die Frage des Verhältnisses von Unternehmen und Staat berührt, steht daher im Fokus einer breiten parteiübergreifenden Oppositionsbewegung.

3. Schiedsgerichte: ein Katalysator des Widerstands

Befürchtungen auf unterschiedlichen Ebenen

Die Furcht vor dem ISDS-Mechanismus wurde zum einen durch die späte Veröffentlichung des Verhandlungsmandats verstärkt, die auf eine 18 Monate dauernde Blockade durch einige Mitgliedstaaten zurückzuführen ist. Zum anderen schürt die Komplexität der Regulierungsanpassungen Ängste, stellt diese doch für die Verhandlungsführer

eine neuartige Aufgabe dar, die für die Bürger nur schwer zu verstehen ist. Abgesehen von der gegenseitigen Anerkennung von Regelungen mit einem ähnlichen Vorsorge-niveau stellt sich die Frage, ob die Europäer künftig bei der Etablierung von Normen von den USA abhängig sein würden.

Die stärkste Kritik am ISDS-Mechanismus zielt auf das Risiko einer „Gesetzgebungsbremse“, den sogenannten „regulatory chill“: Dabei geht es um die Gefahr, dass ein Staat eine Gesetzesnovelle zurückzieht oder abändert, wenn das Risiko besteht, dass er eine hohe Entschädigung an einen Investor zahlen muss, falls dieser eine indirekte Diskriminierung nachweisen kann. Zwar kann ein Staat im Rahmen des ISDS nicht dazu gezwungen werden, eine gesetzliche Regelung zurückzunehmen, dennoch verstärkt der Mechanismus – ebenso wie die Öffnung der Märkte – bei vielen das Gefühl, dass die Staaten nach und nach ihre Gesetzgebungsautonomie einbüßen. Die Einrichtung eines eigenständigen Rates zur regulatorischen Kooperation bei der Verabschiedung künftiger Normen, wie er von den europäischen Unterhändlern im Rahmen der achten Verhandlungsrunde (2. bis 6. Februar 2015) vorgeschlagen wurde, hat diese Sorgen zusätzlich verstärkt, obwohl dieser Rat keine verbindlichen Entscheidungen fällen kann.²¹

Seit dem Frühjahr 2013 haben sich sowohl die französischen Parlamentsabgeordneten als auch die Senatoren gegen die Einbindung eines ISDS-Mechanismus²² in das TTIP-Verhandlungsmandat ausgesprochen. Der Anteil französischer Antworten bei der öffentlichen Befragung, welche die Europäische Kommission von März bis Juli 2014 durchführte, war allerdings gering. Er lag bei lediglich 6 Prozent gegenüber 21,8 Prozent aus Deutschland, 22,6 Prozent aus Österreich und 34,8 Prozent aus Großbritannien. Dennoch markierte die Befragung angesichts der Gesamtzahl der eingereichten Antworten und ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Schiedsmechanismus in Frankreich einen Wendepunkt in der Debatte. Seit Herbst 2014 nahm die Kritik an ihm stetig zu: Ende November lehnten beide Kammern des Parlaments die Einbindung eines ISDS-Mechanismus in das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada ab.

Nachdem die Nationalversammlung bereits im Mai 2014 einen Beschluss verabschiedet hatte, der Warnungen vor einer Investor-Staats-Gerichtsbarkeit im Rahmen von TTIP enthielt, sprach sie sich in einem weiteren Beschluss am 23. November 2014 explizit gegen die Aufnahme eines solchen Mechanismus in beide Abkommen aus. Zugleich forderte sie eine Neufassung der Kapitel 10 und 33 des CETA-Abkommens, die sich mit dem Schutz von

Auslandsinvestitionen befassen, sowie detaillierte Angaben über „die Modalitäten der Zusammensetzung, der Anrufung, der Entscheidungsfindung und der Kontrolle im Prozess der Regulierungszusammenarbeit“. Am 27. November verabschiedete dann der Senat einen Text, in dem er die Regierung dazu „einlud“, sich für eine Revision der Kapitel 10 und 33 des CETA-Abkommens und das Recht der öffentlichen Hand auf Souveränität im Bereich der Regulierung einzusetzen. Am 3. Februar 2015 schließlich sprach sich der Senat einstimmig für einen Vorschlag für eine europäische Resolution aus, die dazu aufrufen soll, den für CETA vorgesehenen und für TTIP angedachten Schiedsmechanismus fallenzulassen, falls keine Weiterentwicklung des Mechanismus verhandelbar ist.

Die Beschlüsse der beiden Parlamentskammern haben zwar keine bindende Wirkung, doch signalisieren sie klar die ablehnende Haltung der gewählten Volksvertreter gegenüber der Einführung einer Investor-Staat-Gerichtsbarkeit in ihrer bislang vorgesehenen Form. Der häufige Wechsel auf dem Posten des Staatssekretärs für Außenhandel seit dem Beginn der TTIP-Verhandlungen hat jedoch nicht zu einem kohärenten öffentlichen Auftreten der Regierung in dieser Frage beigetragen.²³ Nicole Bricq stand dem Mechanismus kritisch gegenüber und erklärte am 30. Januar 2014: „Frankreich unterstützt die Einbindung eines Schlichtungsmechanismus zwischen Staat und Investor in das Abkommen nicht.“²⁴ Fleur Pellerin hingegen betonte vor den Abgeordneten im Juni 2014 die Vorteile des Mechanismus, während Außenminister Fabius auf die Ergebnisse der öffentlichen Befragung verwies. Matthias Fekl gab sich zunächst zurückhaltend, formulierte später jedoch klar seine ablehnende Haltung.

Deutsch-französisches Zaudern

Im September 2014 sprach der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel von einer möglichen deutschen Ablehnung des CETA-Abkommens, falls dieses einen ISDS-Mechanismus enthalten sollte. Matthias Fekl hingegen formulierte in einer Anhörung vor dem Senat lediglich „Vorbehalte“ und erinnerte daran, dass Frankreich nicht um eine Einbindung des ISDS-Mechanismus in das Verhandlungsmandat gebeten hatte. Angesichts der zögerlichen Haltung Frankreichs – die in Berlin schlecht aufgenommen wurde – und der Zustimmung von 14 Mitgliedstaaten²⁵ zum Schiedsgerichtsverfahren ruderte Sigmar Gabriel zurück und erklärte, dass „Deutschland dem Abkommen zustimmen müsse, wenn der Rest Europas dieses wolle.“

Erst im Januar 2015 zeigte Matthias Fekl in einer gemeinsamen Erklärung mit seinem deutschen

Amtskollegen eine entschlossene Haltung gegen einen ISDS-Mechanismus in der Endversion des Abkommens und betonte: „Wir werden nicht akzeptieren, dass private Gerichte, die von multinationalen Unternehmen ange-rufen werden, Entscheidungen im Bereich staatlicher Souveränitätsrechte fällen, vor allem in Politikfeldern wie Gesundheit oder Umwelt.“²⁶ Die in der Erklärung formulierten Empfehlungen bezogen sich vor allem auf eine stärkere Einbeziehung nationaler öffentlicher Gerichte und eine Einschränkung übermäßiger Anwendung von Schiedsverfahren durch Unternehmen. Zudem forderte die Erklärung die Einführung eines Berufungsmecha-nismus für von Schiedsgerichten verhängte Strafen; ein noch zu schaffendes internationales unabhängiges Organ könnte diesen sicherstellen. Zuletzt forderte die Erklärung größere Anstrengungen im Bereich der Transparenz mög-licher Prozesse, um zu verhindern, dass ein Schiedsrichter in einem Fall zugleich Richter und Prozesspartei ist.

Auf diese gemeinsame deutsch-französische Ver-lautbarung, die auch eine Neuverhandlung des CETA-Abkommens forderte, folgte am 23. Februar 2015 eine Erklärung Sigmar Gabriels. Darin gestand er zu, dass es „für kommende Generationen Schutzregelungen für Investoren“ bedürfe und ergänzte, dass die Einbindung eines ISDS-Mechanismus in das TTIP-Abkommen erlaube, „Maßstäbe für kommende Handelsabkommen zu setzen“. Zur gleichen Zeit rief das Generalsekretariat für europä-ische Angelegenheiten der französischen Regierung die Abgeordneten des Europaparlaments dazu auf, Mecha-nismen zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Investoren nicht völlig auszuschließen. Matthias Fekl behauptete im Anschluss, dieser Mitteilung nicht zugestimmt zu haben, und schlug gemeinsam mit seinem deutschen Amtskollegen die Schaffung eines ständigen Schiedsgerichtshofes vor.

Was zunächst noch als vorsichtige Zurückhaltung der französischen Regierung ausgelegt werden konnte, hat letztendlich dazu beigetragen, den Widerstand der franzö-sischen Abgeordneten der Sozialdemokratischen Fraktion (S&D) im Europaparlament gegen den ISDS-Mechanismus zu verstärken. Auf ihren Antrag hin hat die S&D am 4. März 2015 nachdrücklich gegen den Mechanismus Stellung bezogen. Als der Ausschuss für internationalen Handel des Europaparlaments eine nicht-bindende Resolu-tion erarbeiten sollte, um die roten Linien des Parlaments beim Thema TTIP festzulegen, brachten die Abgeordneten fast 900 Änderungsanträge ein, von denen ein großer Teil auf die Investor-Staat-Gerichtsbarkeit Bezug nahm. Auch sechs der 14 Ausschüsse des Parlaments sprachen sich gegen den Mechanismus aus. Die Abstimmung des

Parlaments über den Resolutionsentwurf, die eigentlich für den 10. Juni 2015 angesetzt war, aber wegen neuer Än-derungsanträge verschoben wurde, wird zeigen, ob sich die Debatte langsam beruhigt oder der Widerstand gegen den ISDS und TTIP insgesamt weiter zunimmt. Marine Le Pen startete beispielsweise am 18. Mai eine neue Kampa-gne gegen TTIP. Grundsätzliche Kritik an der Globalisie-rung, die häufig als Motiv für eine vehemente Ablehnung von TTIP angeführt wird, ist in Frankreich nach wie vor stark ausgeprägt. Zunehmende Aufmerksamkeit gilt daher der Frage, ob sich der deutsche Widerstand gegen TTIP weiter ausbreiten wird.

4. Die Debatte um TTIP im Spiegel französischer Ängste

Anhaltende Globalisierungsskepsis

Die Zurückhaltung der französischen Regierung hat ihren Ursprung im Scheitern des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) im Jahr 1998. Grund für das Scheitern war damals der Rückzug Frankreichs aus den Verhandlungen wegen des wachsenden Widerstands in der französischen Öffentlichkeit. Auch die Kampagne vor dem Referendum über einen europäischen Verfassungs-vertrag im Jahr 2005 war stark von einer wachsenden Opposition der Anhänger linker Parteien gegenüber der Entwicklung der EU geprägt. Dabei spielten sozio-ökono-mische Aspekte und eine wachsende Skepsis gegenüber der „liberalen Globalisierung“ eine zentrale Rolle.

Ein Vergleich der Haltungen gegenüber der Globalisie-rung in acht EU-Mitgliedstaaten legte 2007 offen, dass sich die Franzosen in ihrer Skepsis deutlich von ihren Nach-barn unterscheiden.²⁷ Die Entstehung globalisierungskriti-scher Bewegungen in Frankreich lässt sich damit erklären, dass die Globalisierung dort vor allem als „ein politisches Projekt“ wahrgenommen wird, „dessen Ausgestaltung und Umsetzung es zu bestimmen gilt“, und weniger als ein „unumgängliches wirtschaftliches Phänomen, auf das die Politik Einfluss nehmen kann oder muss“.²⁸ Die meisten anderen Europäer stimmten eher der zweiten Definition zu. Die anhaltende Skepsis der Franzosen gegenüber der Globalisierung führt heute dazu, dass sie TTIP unterschiedlich beurteilen – je nachdem, ob sie es für eine Möglichkeit halten, „die Globalisierung zu regulie-ren“, oder das Abkommen durch die zunehmende Liberali-sierung des Handelsaustauschs eher als eine Stärkung der Globalisierung wahrnehmen.

Im Frühjahr 2014 zeigte eine Umfrage des Pew Research Center,²⁹ dass unter den sieben untersuchten

europäischen Ländern Italien und Frankreich am deutlichsten ihr Vertrauen in den internationalen Handel verloren haben und sich am wenigsten überzeugt davon zeigen, dass dieser Beschäftigung und höhere Gehälter fördert. Weltweit wird internationaler Handel allerdings weiterhin mehrheitlich positiv beurteilt (81 Prozent). Auch in Deutschland hielt diese Überzeugung an (90 Prozent im Jahr 2014 gegenüber 91 Prozent im Jahr 2002), während sie sich in Italien und Frankreich stark wandelte (in

Wettbewerbs zeigten sich im Herbst 2014 die Franzosen unter ihren europäischen Partnern erneut am zurückhaltendsten (61 Prozent Zustimmung gegenüber 86 Prozent in Dänemark – dem höchsten Wert – und 77 Prozent in Deutschland).³¹ Im Durchschnitt glaubten 86 Prozent der Europäer, dass der Wettbewerb Verbrauchern mehr Wahlmöglichkeiten eröffne (ein Anstieg um 4 Prozentpunkte seit 2009), während diese Meinung in Frankreich lediglich 16 Prozent vertraten. 84 Prozent der Europäer urteilten

Abb. 3: Haltungen gegenüber Handel und ausländischen Investitionen

	Trade is good	Trade increases wages	Trade creates jobs	Trade lowers prices	Foreign companies buying companies is good	Foreign companies building factories is good
	%	%	%	%	%	%
Spain	91	28	56	22	43	85
Germany	90	28	43	26	19	66
UK	88	34	50	24	39	82
Greece	79	21	44	35	31	67
Poland	78	38	51	26	40	75
France	73	14	24	28	32	75
U.S.	68	17	20	35	28	75
Italy	59	7	13	22	23	61

Quelle : O.A., Faith and Skepticism about Trade, Foreign Investment, Pew Research Center, Washington, D.C., 16.9.2014, <<http://www.pewglobal.org/2014/09/16/faith-and-skepticism-about-trade-foreign-investment>> (abgerufen am 16.6.2015).

Italien fiel die Zustimmung um 21 Punkte auf 59 Prozent, in Frankreich um 15 Punkte auf 73 Prozent).

Laut einer einige Monate später durchgeführten Eurobarometer-Umfrage (November 2014) zeigten sich die Franzosen unter den EU-Mitgliedstaaten am skeptischsten gegenüber der Globalisierung, dem Freihandel, dem Wettbewerbsprinzip und großen Unternehmen. Mit nur 32 Prozent positiver Einschätzung ist die Globalisierungsskepsis in Frankreich, Griechenland und Zypern am höchsten, während die skandinavischen Länder die Globalisierung am positivsten bewerten und Briten und Deutsche die Entwicklung mit jeweils 47 und 45 Prozent begrüßen.³⁰ Auch gegenüber dem Freihandelsprinzip signalisieren die Franzosen die größte Zurückhaltung (54 Prozent positiver Antworten gegenüber 74 in Deutschland und 77 in Großbritannien). Die Österreicher, die TTIP ebenfalls äußerst kritisch gegenüberstehen, liegen in dieser Umfrage nah bei den Franzosen (59 Prozent). In Fragen des

außerdem, dass Wettbewerb zu besseren Preisen für die Verbraucher führe, gegenüber 20 Prozent in Frankreich.³² Auch zeigten sich drei Viertel der Europäer überzeugt, dass Wettbewerb Innovationen und Wirtschaftswachstum fördere; in Frankreich vertraten diese Meinung nur 21 Prozent.³³ Dennoch liegt Frankreich nur auf Platz 10 der Länder, die sich positiv über eine protektionistische Haltung äußerten, und damit noch hinter Großbritannien.

Diese ambivalente Haltung gegenüber dem Protektionismus könnte darauf hinweisen, dass sich die Franzosen eher eine stärkere Regulierung von Globalisierung und Freihandel als eine Abkoppelung wünschen. Eine Position, die auch Matthias Fekl aufgriff, als er erklärte: „Ich bin kein naiver Verfechter der Globalisierung, [aber] das Ziel Frankreichs ist es auch nicht, sich vollständig vom Rest der Welt abzukoppeln und sich aus dem internationalen Handel zurückzuziehen.“³⁴

Traditionelles Misstrauen gegenüber den USA

Die französische Öffentlichkeit pflegt ein Misstrauen gegenüber den USA, das sich nicht auf der Basis von Tatsachen erklären lässt. Die Handelsbeziehungen und Investitionen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten belegen, dass bereits von einer tiefgehenden wirtschaftlichen Integration zwischen den beiden Ländern gesprochen werden kann.

So waren die USA im Jahr 2014 das wichtigste Ziel für französische Exporte außerhalb der EU (Position 6, wenn man die EU-Mitgliedstaaten miteinbezieht), der zweitwichtigste Importeur außerhalb der EU und das wichtigste Ziel französischer Auslandsinvestitionen vor Belgien. Gemeinsame Analysen der Welthandelsorganisation und der OECD,³⁵ die der Berechnung der Handelsströme die im jeweiligen Land erfolgte Wertschöpfung statt das Handelsvolumen zu Grunde legen, zeigen, dass Frankreich sogar mehr in die USA als nach Deutschland exportiert. Im Jahr 2014 belegte Frankreich in der Liste der EU-Staaten, welche die höchsten Exporte in die USA verzeichnen, Rang 3 sowie Rang 5 unter den größten Importeuren von Gütern und Dienstleistungen aus den USA.³⁶ Das Handelsdefizit Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten hat sich im ersten Semester 2014 auf 2,35 Milliarden Euro reduziert, gegenüber 5,6 Milliarden im Jahr 2013. Die größten Bilanzüberschüsse verzeichnet die Lebensmittelindustrie.

Darüber hinaus bleiben die USA das wichtigste Ziel-land für französische Auslandsdirektinvestitionen (148 Milliarden Euro Ende 2013). 3 600 Filialen französischer Unternehmen beschäftigen in den USA etwa 560 000 Menschen. Der Umsatz der französischen Filialen in den Vereinigten Staaten liegt siebenmal so hoch wie die französischen Exporte.³⁷ Zugleich waren die USA mit 25 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2014 vor Deutschland (13 Prozent) der größte Auslandsinvestor in Frankreich und zugleich der größte ausländische Arbeitgeber.³⁸ Den Zahlen der französischen Agentur für internationale Investitionen zufolge schaffen diese Investitionen in Frankreich etwa 440 000 Arbeitsplätze.

Derartige Zahlen werden in der Debatte um TTIP nur selten genannt. Die besonderen Beziehungen, die Frankreich mit den USA unterhält und die sich laut Nicole Bricq „zwischen Faszination und Irritation bewegen“, sorgen in Frankreich für eine hohe Emotionalität der TTIP-Debatte. Verstärkt wird dies durch die NSA-Abhör-affäre sowie die hohe Strafzahlung, die die USA der französischen Bank BNP Paribas auferlegten. Angela Merkel

hat gegenüber Barack Obama die Spionage der NSA in Europa, deren Opfer sie selbst war, verurteilt, zugleich jedoch betont, dass die Affäre an der Notwendigkeit eines transatlantischen Abkommens nichts verändern würde. Die französische Regierung dagegen hat angesichts der Verhandlungen um die Höhe der Strafzahlung für BNP Paribas auf derartige Zusicherungen verzichtet.

Schlussbetrachtungen

Die Zurückhaltung der französischen Regierung in der Debatte um TTIP hat bislang dazu beigetragen, die parteiübergreifende Opposition gegenüber der Aufnahme eines ISDS-Mechanismus in das Abkommen zu begrenzen. Die Regierungsparteien verzichteten bislang zudem auf eine aktive Teilnahme an der öffentlichen Debatte um andere Aspekte der Verhandlungen. Je näher ein Abschluss der Verhandlungen rückt, desto problematischer könnte diese Zurückhaltung jedoch werden. Ohne ein wirkliches Bemühen um Information und Diskussion – also ein Bemühen um mehr Transparenz, zu der die französische Regierung selbst ihren Beitrag leisten muss – könnte es zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber der Europäischen Kommission,³⁹ der aktuellen Regierung sowie den großen Parteien kommen und sich infolgedessen zunehmender Widerstand aus der Zivilgesellschaft formieren.

Aufmerksamkeit sollte künftig auch der Gruppe der sogenannten „Frondeurs“ gelten, einer Strömung innerhalb der sozialistischen Partei, welche die Politik von François Hollande und Manuel Valls kritisiert, und sich in dieser Frage hinter Emmanuel Maurel, Mitglied des Außenhandelsausschusses des Parti Socialiste, stellen könnte. François Hollande könnte das Thema damit auf seinem Weg zur Präsidentschaftskandidatur 2017 Schwierigkeiten bereiten. Wenn sich die wirtschaftliche Situation in Frankreich nicht verbessert, könnte TTIP außerdem zum neuen Schreckbild einer unbeherrschten Globalisierung werden. Die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland ist für einige Analysten hingegen der Grund, warum es Deutschland „leichter fällt als Frankreich, sich der gesellschaftlichen Debatte zu stellen“.⁴⁰

Elvire Fabry ist Senior Researcher bei Notre Europe / Institut Jacques Delors.

Übersetzung aus dem Französischen: **Katrin Sold**.

Anmerkungen

- 1 Unterstützer des Projekts nutzen die Abkürzung TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), während Gegner die Abkürzung TAFTA (Transatlantic Free Trade Agreement) bevorzugen, die an die gemischte Bilanz des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA oder das Scheitern von ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) erinnert.
- 2 Eurobarometer Standard 82, Herbst 2014, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erhebung 11/2014, Veröffentlichung 12/2014, <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_anx_en.pdf> (abgerufen am 1.6.2015).
- 3 Umfrage CSA für die Zeitung L'Humanité, repräsentative Erhebung zwischen dem 14. und 16.5.2014 mit einer Stichprobe von 1 010 Erwachsenen.
- 4 Die Antworten ähnelten sich über soziale Gruppen und Parteihängerschaften hinweg stark, mit Ausnahme der Anhänger des Front de Gauche und der Partei Europe Ecologie Les Verts, deren Haltung eher zwiespältig war.
- 5 UMP (Union pour le Mouvement Populaire), FdG (Front de Gauche), FN (Front National), PC (Parti Communiste), EELV (Europe Ecologie Les Verts).
- 6 Eurobarometer Standard 82, a.a.O. (Anm. 2).
- 7 Die Wende in der öffentlichen Meinung zu TTIP in Deutschland im Nachklang zur NSA-Affäre verweist auf einen engen Zusammenhang zwischen den beiden Phänomenen, vgl. Peter Sparding, Germany's Pivotal Role on the Way to TTIP, German Marshall Fund of the United States, November 2014, <<http://www.gmfus.org/publications/germanys-pivotal-role-way-ttip>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 8 O.A., L'UDI s'oppose à l'Accord transatlantique de libre-échange, UDI – Fiche clés no. 27, 2.4.2014, <<http://www.parti-udi.fr/ressources/document/idcles28.pdf>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 9 Jean Arthuis, 7 bonnes raisons de s'opposer au Traité transatlantique, in: Le Figaro, 10.4.2014, <<http://www.lefigaro.fr/vox/politique/2014/04/10/31001-20140410ART-FIG00323-jean-arthuis-7-bonnes-raisons-de-s-opposer-au-traite-de-libre-echange-transatlantique.php>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 10 Vgl. Stop TTIP-Kampagne, Unterschriften nach Mitgliedstaaten, <<https://stop-ttip.org/fr/signatures-selon-les-etats-membres/>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 11 AITEC, Attac France, Collectif Causse Méjean – Gaz de Schiste NON, collectif citoyen les Engrenageurs, Collectif Roosevelt, Confédération paysanne, Ensemble, Europe Ecologie les Verts, Foodwatch France, France Nature Environnement, Les Jeunes Écologistes, Non au Grand Marché Transatlantique – Stop TAFTA, Nouvelle Donne, Saveurs au Naturel, TTIP-CETA Non Merci.
- 12 Vgl. o.A., Rocard, Alevèque, Charb... 100 personnalités disent „non“ au traité Transatlantique, Le Parisien, 9.7.2014, <<http://www.leparisien.fr/economie/rocard-aleveque-charb-100-personnalites-disent-non-au-traite-transatlantique-09-07-2014-3989219.php>> (abgerufen am 1.6.2015). Zu den Unterzeichnern zählen der ehemalige Premierminister Michel Rocard, Jean-Luc Mélenchon (FdG), die Abgeordneten (EELV) Yannick Jadot und Karima Delli, der Soziologie Dominique Méda und die Philosophen Etienne Balibar und Marcel Gauchet.
- 13 Vgl. Non au Traité Transatlantique, <<https://stop-tafta.wordpress.com/mobilisations/>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 14 Interaktive Karte der Konferenzen und Demonstrationen in ganz Europa, <<https://www.globaltradeday.org/>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 15 Transatlantic Trends Key findings 2014, GMF, 2014, S. 17, <http://trends.gmfus.org/files/2012/09/Trends_2014_complete.pdf> (abgerufen am 1.6.2015).
- 16 Vgl. TTIP: ne pas céder à la démagogie, 22. Mai 2014, <<http://www.parti-socialiste.fr/articles/ttip-ne-pas-ceder-la-demagogie>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 17 Vgl. Marie-Nadine Eltchaninoff, TTIP: les syndicats européens et américains posent leurs conditions, <http://www.cfdt.fr/portail/actualites/international/europe/ttip-les-syndicats-europeens-et-americains-posent-leurs-conditions-srv1_211117> (abgerufen am 1.6.2015).
- 18 Vgl. o.A., La Fnsea craint une remise en cause du „modèle alimentaire“ français, <<http://www.terre-net.fr/actualite-agricole/politique-syndicalisme/article/la-fnsea-craint-une-remise-en-cause-du-modele-alimentaire-francais-205-100812.html>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 19 Vgl. o.A., Traité transatlantique: Laurent Fabius n'est „ni pour ni contre“, in: La Tribune, 17.7. 2014, <<http://www.latribune.fr/actualites/economie/union-europeenne/20140716trib000840249/traite-transatlantique-laurent-fabius-n-est-ni-pour-ni-contre.html>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 20 Keine Importe aktuell auf den europäischen Märkten verbotener Produkte, keine Schwächung europäischer Normen, Freistellung der Staaten in der Entscheidung über die Privatisierung einzelner öffentlicher Dienstleistungen sowie die Möglichkeit von Rücknahmen von Entscheidungen.
- 21 Der Rat ist als Plattform zum Informationsaustausch zwischen Vertretern von Regulierungsbehörden geplant, um die Verabschiedung einer künftigen Norm zu erleichtern, wenn die Zielsetzungen der Beteiligten übereinstimmen.
- 22 Ein solcher Mechanismus ist bereits Bestandteil von 108 bilateralen Investitionsabkommen, die Frankreich unterzeichnet hat.
- 23 Seit Eröffnung der Verhandlungen bekleideten vier verschiedene Politiker den Posten des Staatssekretärs für Außenhandel: Nicole Bricq (6/2012-3/2014), Fleur Pellerin (3/2014-8/2014), Thomas Thévenoud (8/2014) und aktuell Matthias Fekl.
- 24 Mounia Van de Castele, Partenariat transatlantique: „Enfin, les difficultés commencent!“ (Nicole Bricq), in : La Tribune, 30.1.2014, <<http://www.latribune.fr/actualites/economie/international/20140130trib000812791/partenariat-transatlantique-enfin-les-difficultes-commencent-nicole-bricq.html>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 25 Dänemark, Estland, Finnland, Großbritannien, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien und Zypern.
- 26 Cécile Barbière, Naissance d'un front franco-allemand contre l'arbitrage dans le cadre du TTIP, 14.1.2015, <<http://www.euractiv.fr/sections/leurope-dans-le-monde/naissance-dun-front-franco-allemand-contre-larbitrage-dans-le-cadre>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 27 Elvire Fabry (Hrsg.), Les perceptions de la mondialisation, Kairos Future – Fondation pour l'innovation politique, 2007.
- 28 Ebd.
- 29 Faith and Skepticism about Trade, Foreign Investment, Pew Research Center, 2014. Umfrage durchgeführt zwischen dem 17.3. und 5.6.2014, <<http://www.pewglobal.org/2014/09/16/faith-and-skepticism-about-trade-foreign-investment>> (abgerufen am 16.6.2015).
- 30 Eurobarometer Standard 82, 11/2014, a.a.O. (Anm. 2).
- 31 Ebd.
- 32 Eurobarometer Flash 403, Erhebung 9/2014, Veröffentlichung 3/2015, <http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_403_fr.pdf> (abgerufen am 1.6.2015).
- 33 Ebd.
- 34 Bruno Rieth, Matthias Fekl: „Le Parlement français aura le dernier mot“, in: Marianne, 10.11.2014, <http://www.marianne.net/Matthias-Fekl-Le-Parlement-francais-aura-le-dernier-mot_a242609.html> (abgerufen am 1.6.2015).
- 35 Wird das Handelsvolumen zu Grund gelegt, exportiert Frankreich am meisten nach Deutschland und in andere europäische Länder, doch ein Teil dieser Exporte besteht aus Produktionsgütern und Dienstleistungen, die als Teil von Gütern und Dienstleistungen für dritte Märkte, z.B. in die USA, bestimmt sind. Chloé Dussapt, Le premier partenaire commercial de la France n'est pas l'Allemagne... mais les USA, in: Challenges, 31.1.2013, <<http://www.challenges.fr/monde/20130131.CHA5812/le-premier-partenaire-commercial-de-la-france-n-est-pas-l-alle-mais-les-usa.html>> (abgerufen am 1.6.2015). De nouvelles analyses de l'OCDE et de l'OMC mettent en évidence l'évolution des échanges mondiaux, OCDE, 16.3.2013, <<http://www.challenges.fr/monde/20130131.CHA5812/le-premier-partenaire-commercial-de-la-france-n-est-pas-l-alle-mais-les-usa.html>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 36 Vgl. United States Census Bureau, Top Trading Partners – December 2014, <<http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top1412yr.html>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 37 Vgl. Webseite des französischen Außenministeriums, <<http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays-etats-unis/la-france-et-les-etats-unis/>> (abgerufen am 1.6.2015).
- 38 Bilanz der ausländischen Investitionen in Frankreich im Jahr 2014, Business France, 2014.
- 39 Die Franzosen belegten in einer Umfrage zum Vertrauen gegenüber der Europäischen Kommission im Herbst 2014 unter 18 Mitgliedstaaten Rang 23. Eurobarometer 82, 11/2014, S. 108, <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_publ_fr.pdf> (abgerufen am 1.6.2015).
- 40 Faith and Skepticism about Trade, Foreign Investment, A.a.O. (Anm. 29).



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](#).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 1611-7034

Redaktion Sara Jakob, Sabine Wolf

Layout / Satz Andreas Alvarez

Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung

© DGAP 2015



Deutsche
Gesellschaft für
Auswärtige
Politik